



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/34 - 9.2.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise auf den Inhalt:

Nachklang zur grossen Wehrdebatte	S.1
Zur innenpolitischen Lage Frankreichs	S.3
Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden?	S.5

Das ganze Volk auf der Zuhörertribüne

P.R. Bonn, 9.2.1952

Vielleicht konnte man, äusserlich gesehen, am besten auf der Pressetribüne ablesen, wie sehr der Donnerstag und Freitag Grosse Tage waren. Aus dem ganzen Bundesgebiet waren die Kollegen mit den bekannten Namen erschienen. Sie sammelten Impressionen mit gedankenreich gefurchter Stirn und leicht spöttischem Lächeln: Sie haben ja schon soviel gesehen, erlebt und kritisiert, was kann ihnen schon noch imponieren. Sie waren gekommen, um ihre Eindrücke geschliffen und spitz zu Papier zu bringen und das, was unten im Parquet der Abgeordneten vor sich ging, geläutert durch den Filter ihrer klugen Deutung, dem Volke draussen schmackhaft zu servieren.

Aber sie werden es diesmal schwerer haben als sonst, denn dieses deutsche Volk sass in diesen zwei Tagen in Millionenstärke selbst auf einer unsichtbaren Zuhörertribüne und machte sich sein Bild. Es wird von dieser Gelegenheitsausgiebig Gebrauch gemacht haben, denn es ging um ein Thema, das wie kein anderes zuvor jeder einzelnen tief berührte. Die Zeitungen werden nur noch einmal das Resümee geben können, jede nach ihrer Art, und die Leser werden diesmal ihre Zeitung genau auf ihre Zuverlässigkeit in Berichterstattung und

Kommentierung kontrollieren können. Sicher wurden unzählige auch für längere Zeit abgeschaltet haben, denn das stundenlange Abhören am Gerät zuhause ermüdet vielmehr, als der Aufenthalt im Plenarsaal selbst, weil die Ablenkung und Zerstreuung durch das Auge fehlt. Doch davon abgesehen ist die Frage wichtig: war diese Form der vollständigen Sofort- und Direkt-Übertragung politisch zweckmässig? Immer wieder ist gefordert worden, die Bevölkerung so nahe wie nur möglich an das politische und parlamentarische Leben heranzuführen, sie mit seinen Erscheinungsformen und vor allem seinen Inhalt immer besser bekanntzumachen. Wie könnte das, so mag man fragen, besser geschehen, als bei solcher Gelegenheit?

Man, es gibt schon einige Bedenken. Um mit einem von geringer Bedeutung zu beginnen: die Zwischenrufer, im Saal sofort erkennbar, blieben meist ungenannt und das fortgesetzte Krakeelen der Kommunisten konnte leicht dem ganzen Hause zur Last gelegt werden. Wichtiger aber ist ein anderer Einwand. Die Abgeordneten selbst wussten, dass jedes ihrer Worte übertragen wurde und die meisten von ihnen konnten der Versuchung nicht widerstehen, daraus den Schluss zu ziehen, dass es vielleicht besser wäre, eine Ansprache an das Volk statt einer Parlamentsrede zu halten und man wird zugeben, dass das zweierlei ist oder sein sollte. Schliesslich: das Bewusstsein vom Wert demokratischer Einrichtungen war in Deutschland nie sehr lebendig und ist gerade auch heute noch sehr anfällig. Es wird nicht gestärkt, so könnte man meinen, durch die Übermittlung mancher weniger erfreulichen Begleitumstände des parlamentarischen Betriebes, die es überall in der Welt gibt, und die mit der menschlichen Unzulänglichkeit im allgemeinen und damit zusammenhängen, dass die Politik zu allen Zeiten und in allen Ländern die Köpfe, wenn auch verschieden heftig, erhitzt hat. Aber vielleicht ist es auch gut, die Menschen an diese Tatsache zu gewöhnen, auch wenn man dabei durch eine gewisse Risikozone hindurchgehen muss.

Die ausländische Presse hat diesen beiden Tagen, so hörte man allgemein, wenig Lichtseiten abgewinnen können. Aber wenn ist schon einmal eine deutsche Parlamentsausssprache über Wehrfragen im Ausland beliebt gewesen. Diese Zurückhaltung ist also verständlich, sie liegt sozusagen in der Natur der Sache. Andererseits gibt es ja diesmal im Ausland der Regierungen, weniger der Völker, starke Kräfte, die für einen deutschen militärischen Beitrag eintreten. Aber die Journalisten, die ja nicht von ihren Regierungen abhängig sind, wohl aber von der Stimmung in ihren Ländern, waren unzufrieden mit der emotionalen Art, in der immer wieder von den verschiedensten Rednern die Notwendigkeit eines solchen Beitrages begründet wurde, sie waren besorgt wegen vieler nach ihrem Geschmack recht unerfreulicher Unter- und Zwischentöne in den feierlichen Deklamationen zu dieser Frage, die an der Oberfläche des ganzen Problems haften blieben.

Allerdings war das Konzert sehr vielstimmig und die Finanzierung dessen, was vorgelesen wurde, sehr reichhaltig. Demauer war Esser

blass und farblos und wurde in entscheidenden Fragen niemals konkret, es war, nach allgemeinem Urteil, eine seiner schlechtesten Reden, wenn nicht die schlechteste überhaupt, die er in der Zeit seiner Kanzlerschaft gehalten hat. Sein verschiedentliches Eingreifen am zweiten Tage machte die Dinge für ihn nicht besser. Ollenhauer, der Hauptsprecher der Opposition, fand, vor allem auch wieder mit seinem temperamentvoll und doch ruhig vorgetragenen Schlusswort sehr viel Anerkennung und Sympathie. Auf der Suche nach dem letzten Grunde für diese Tatsache, die man schon in so vielen Debatten des Bundestages feststellen konnte, stösst man auf die immer wiederkehrende Feststellung: er wirkt als Verkörperung politischer Aufrichtigkeit. Und diese Wirkung ist umso nachhaltiger, als sie sich von dem Hintergrunde der ganz gegensätzlichen Art des Kanzlers abhebt. Carlo Schmid war besonders wirksam in dem Teil seiner grossen Rede, in dem er sich kritisch mit dem Generalvertrag auseinandersetzte, und sprach, wie üblich, mit einer Art kühler, klarer Leidenschaftlichkeit.

Auf der Gegenseite fiel neben der recht volkstümlich gehaltenen und mit einigen Oktoberfest-Akzenten versehene Rede des Abgeordneten Strauss von der CSU die Rede des Bundestagspräsidenten Ehlers auf, der sich mit einer bemerkenswerten rednerischen Leistung, natürlich ohne es zu sagen, als Führer des rechten Flügels der evangelischen Kräfte in der Bundesrepublik vorstellte, in scharfer Frontstellung gegen den Heinemann/Niemöller-Kurs. Herr von Erentano schliesslich brillierte, wie stets, durch äusserste Gepflogtheit.

+

"Mehrheit des deutschen Bundestages für deutschen Wehrbeitrag" und ähnlich hiess es am Sonnabend früh in vielen Zeitungen. Solche Formulierungen sind irreführend. In Wahrheit entschied sich der Bundestag mit einer Mehrheit von nur 50 Stimmen lediglich für eine Entschliessung, die nichts anderes zum Inhalt hat, als das prinzipielle Bekenntnis "In Zusammenarbeit mit den anderen Völkern der freien Welt die Grundrechte der Freiheit und der Demokratie zu verteidigen". 156 Abgeordnete haben sich gegen diese Entschliessung gewandt, die absichtlich so farblos und selbstverständlich gehalten war, um die Sozialdemokratie für sie zu gewinnen, um den Eindruck zu erwecken, als billige die SPD die Politik der Bundesregierung und um sie dadurch festzulegen. Ein durchsichtiges Unterfangen, das scheitern musste. Die eigentliche Entscheidung wird viel später fallen und wird den konkreten Inhalt eines solchen Vertrages betreffen.

- - -

Machtlosigkeit der politischen Linken in Frankreich

A.F.-Paris

In der französischen Politik macht sich immer stärker ein ausgesprochen konservativer Rechtskurs bemerkbar, für den nicht nur die parlamentarische Konstellation verantwortlich ist, sondern auch die Machtlosigkeit der politischen Linken.

Die erste Schwäche ergibt sich aus der systematischen Abseitsstellung der Kommunisten. Über ein Viertel der französischen Wählerschaft kommt vorläufig nicht zu Wort, weil sie durch Abgeordnete vertreten ist, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Interessen eines ausländischen Staates zu verteidigen. Es ergibt sich daraus der ebenso unmögliche wie verhängnisvolle Zustand, dass zwar sozial- und wirtschaftspolitisch die Mehrheit der französischen Wähler für die Ziele der Linken eintritt, (Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikaner), gleichzeitig aber im Parlament eine ebenso eindeutige Rechtsmehrheit vorhanden ist. Die antinationale kommunistische Hypothek ist damit weitgehend für das unglückliche Schicksal der Arbeiterklasse in Frankreich verantwortlich.

In der gegebenen parlamentarischen Konjunktur sind die französischen Sozialisten, selbst wenn sie über eine grössere, innere Dynamik verfügten, in ihrer Handlungsfreiheit stark eingeengt. Ihr Einfluss macht sich nur noch negativ geltend. Vorläufig vermögen sie bestimmte Entscheidungen zu vereiteln, im entscheidenden Augenblick müssen sie sich jedoch immer wieder mit hinkenden Kompromisslösungen begnügen.

Die Sozialisten haben die Wahl zwischen der Aufrechterhaltung ihrer augenblicklichen, unentschiedenen Politik der Unterstützung der Regierung ohne direkte Beteiligung und der Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung von den Gaullisten bis zu den Radikalsocialisten. Die endgültige Abkehr von den Regierungsgeschäften fällt aber zahlreichen Sozialisten nicht leicht. Ausserdem ist man noch nicht davon überzeugt, dass der Eintritt der Gaullisten in die Regierung keine Gefahr mehr für die republikanisch-demokratische Staatsform darstellt. Eine weitere Unbekannte sind die Rückwirkungen einer gemeinsamen Opposition von Sozialisten und Kommunisten. Es besteht

offensichtlich die Befürchtung, in diesem Falle von der kommunistischen Demagogie überrannt zu werden.

Die dritte Linkspartei, die Volksrepublikaner, ist sich über ihren endgültigen Weg noch weniger klar als die Sozialisten. Nur ein Teil der Abgeordneten steht der christlichen Gewerkschaft nahe, während der andere Teil, der augenblicklich das Übergewicht hat, stark nach rechts strebt und einer Zusammenarbeit mit den Gaullisten auf konservativer Grundlage keineswegs abgeneigt wäre.

Am schwerwiegendsten für die Entwicklung der französischen Politik ist zweifellos das vollständige Versagen der Gewerkschaften. In den letzten Monaten büssten alle Verbände noch weiter an Einfluss ein, sowohl auf die Politik wie auf die Arbeiterschaft. Von einer leistungsfähigen französischen Gewerkschaftsbewegung vermag überhaupt nicht mehr die Rede zu sein. Der Mitgliederschwund hält als chronische Krankheit sowohl der kommunistischen wie der nichtkommunistischen Verbände an. Es ist bezeichnend, dass in der für die Arbeiterschaft unmittelbar wichtigen Angelegenheit der gleitenden Lohnskala die Gewerkschaften, einschliesslich der Kommunisten, überhaupt nicht in Erscheinung traten. Mehr und mehr geht die Arbeiterschaft dazu über, im lokalen Rahmen innerhalb des Betriebes ihre Lage soweit wie nur möglich zu verbessern. In dieser Beziehung befindet sich Frankreich auf dem Wege zum Korporatismus, d.h. der beschränkt egoistischen Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern innerhalb der jeweiligen Betriebs-einheiten. Diese Entwicklung wird von der Unternehmerschaft sehr bewusst unterstützt. Die paternalistischen Strömungen gewinnen so in moderner Form erhebliches Oberwasser. Der sogenannte Proportionallohn, der die Arbeitnehmer unmittelbar an den Produktivitätsverbesserungen beteiligt, wird in einer steigenden Zahl von Betrieben angewendet. Praktisch beseitigt er Lohnkämpfe und Lohnforderungen, da er als Berechnungsgrundlage den Betriebsumsatz hat und damit die Arbeiter aus jeder Preiserhöhung automatisch Nutzen ziehen.

Die zum Kriegsende eingesetzte Phase der grossen Sozialreformen kann in Frankreich als endgültig abgeschlossen gelten. Die politische Machtlosigkeit der Linken erscheint als Ausgangspunkt für eine völlig neue Entwicklung mit betont korporatistischen Tendenzen.

Remilitarisierung auf kaltem Wege?

AE. Das hat also die Bundesregierung vor: Sie will zunächst, wie es in der grossen Debatte über einen möglichen deutschen Wehrbeitrag der Bundeskanzler ausdrückte, "mit Freiwilligen anfangen, aber es wird der Zeitpunkt kommen, wo der Frage eines deutschen Wehrbeitrages näher getreten werden muss".

Das ist die Vorwegnahme einer Entscheidung, die zu fällen der Bundeskanzler und der Bundestag, solange das Gesetz über den deutschen Wehrbeitrag noch nicht von den parlamentarischen Instanzen behandelt ist, nicht berechtigt sind. Das ist die sattsam bekannte Methode, die gewählte Vertretung des Volkes in Lebensfragen zu übergangen. Dieser Vorsatz, eine "Freiwilligen-Truppe" aufzustellen, setzt der Politik der vorweggenommenen Tatsachen die Krone auf.

Wir hoffen, dass die unüberhörbare Warnung, die der Sprecher der Opposition, Erich Ollenhauer, aussprach, auch, und gerade im Ausland, die nötige Beachtung findet. Die Bildung von Freiwilligen-Verbänden, als Vorwegnahme des deutschen Wehrbeitrages ohne gesetzliche Grundlage, wäre der Anfang vom Ende der Demokratie in Deutschland. In dieser Grundsatzfrage gibt es keinen Kompromiss. Die Kluft, die heute durch unser Volk geht, würde unüberbrückbar werden.

Heute wissen wir, warum der Verhandlungsbevollmächtigte für Verteidigungsfragen, Bundestagsabgeordneter Blank, nach seiner Pariser Rückkehr, als er der deutschen Öffentlichkeit erstmalig konkrete Angaben über Grösse und Umfang des beabsichtigten Wehrbeitrages machte, auf Verlangen des Kanzlers die Stellen seiner Rede ändern musste, die sich auf die allgemeine Wehrpflicht bezogen. Der Kanzler wollte sich, in Anbetracht der verfassungsmässigen Schwierigkeiten, nicht festlegen. Er wollte einen Weg offenhalten und glaubte ihn nun gefunden zu haben. Über die Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden soll diese Militarisierung auf kaltem Wege erfolgen.

Damit wird ein Weg beschritten, der nach allen Erfahrungen der Weimarer Zeit direkt in das Unheil einmündet. Es erhebt sich der Verdacht, dass diese Regierung, unter Hinweis auf angeblich unmittelbar drohende äussere Gefahren, es in erster Linie darauf anlegt, ein militärisches Machtinstrument zu schaffen, das ihr die Möglichkeit gibt, um mit Bundesinnenminister Lehr zu sprechen: "Notfalls mit Steilfeuergeschützen auf Barrikaden zu schiessen".